

»Das Thema muß auf den Tisch kommen«

Der Abgeordnete Liebich ist zugleich Mitglied der Linkspartei und der Atlantikbrücke. Unvereinbarkeitsbeschluß wäre denkbar. Ein Gespräch mit Alexander Neu

Peter Wolter

Dr. Alexander S. Neu ist Obmann der Partei Die Linke im Verteidigungsausschuss des Bundestages

Sie waren einer der Erstunterzeichner des Entwurfs für einen offenen Brief, mit dem der frühere sowjetische Staatspräsident Michail Gorbatschow aufgefordert wird, sich angesichts des Ukraine-Konflikts für eine europäische Friedenskonferenz einzusetzen. Was ist aus der Initiative geworden?

Der Text unserer Initiative ist im Internet veröffentlicht, es kommen täglich neue Unterzeichner hinzu. Auf unserem Bielefelder Parteitag im Juni wird unser offener Brief zur Abstimmung vorgelegt.

Welche Chancen sehen Sie dafür? Gibt es nicht auch Widerstand dagegen aus Ihrer eigenen Partei?

Den gab es, in der Tat. Er kam vom rechten Flügel der Partei, aus dem heraus versucht wird, unsere Initiative schlechtzureden und als unsinnig zu brandmarken. Hinter dessen Argumenten kann ich allerdings keine politische Rationalität erkennen – es steckt also etwas anderes dahinter. Mein Fraktionskollege Stefan Liebich war überhaupt nicht glücklich über unseren Text, in dem auch die Atlantikbrücke erwähnt wird, in der er als einziger aus der Linkspartei Mitglied ist. Die Atlantikbrücke ist bekanntlich eine Lobby-Organisation zur Durchsetzung der US-Außenpolitik. Zu den uns entgegengehaltenen Argumenten gehört auch, dass wir Gorbatschow als Totengräber der Sowjetunion bis vor kurzem nur mit spitzen Fingern angefasst hätten, jetzt aber hochleben ließen. Tatsache ist aber, dass sich Gorbatschow in den vergangenen Monaten für eine Deeskalation im Ukraine-Konflikt eingesetzt hat. Das war für uns der Anlass, ihn anzusprechen.

Die Begeisterung der deutschen Medien für Gorbatschow hat aber nachgelassen, seitdem er sich im Fernsehen hinter die Politik von Staatspräsident Wladimir Putin gestellt hat.

Für die Medien mag das zutreffen, aber in der Öffentlichkeit ist er nach wie vor hochangesehen – wenn auch aus Gründen, die ich selbst nicht unbedingt teile. Es hat viele andere gegeben, die sich wie Gorbatschow für eine Deeskalation eingesetzt haben. Zum Beispiel gab es Ende des vergangenen Jahres einen Aufruf, unterzeichnet von etwa 60 Persönlichkeiten aus Politik, Wissenschaft und Kultur in der BRD – alles keine Linken. Auch der wurde von einigen medialen Schreibtischtätern und Hobby-Politikern schlechtgeredet.

Sie sprachen vom rechten Flügel, nannten aber nur den Namen Liebich ...

Ähnlich hat sich auch der Sprecher des »Forums Demokratischer Sozialismus« (FDS), Dominic Heilig, geäußert. Allerdings ist auch der FDS kein homogener Zusammenschluß, da gibt es durchaus unterschiedliche Meinungen. Liebich jedenfalls arbeitet für die Bildung einer rot-rot-grünen Regierung – dafür ist er offensichtlich bereit, unsere linken Positionen zu schleifen.

In der Atlantikbrücke sind namhafte Politiker aller Bundestagsparteien vertreten. Wird hier versucht, über Parteigrenzen

hinweg die politische Elite außenpolitisch gleichzuschalten?

Eine Aufgabe der Atlantikbrücke ist es, Personen aus Medien, Politik, Wirtschaft und Kultur pro USA zu orientieren. Leider habe ich bei Stefan Liebich den Eindruck, dass er versucht, die Ideologie der Atlantikbrücke in Fraktion und Partei hineinzutragen.

Wenn die Position der Linkspartei und die Ziele der Atlantikbrücke so weit auseinander liegen – warum gibt es dann keinen Unvereinbarkeitsbeschluss?

Bisher hat noch niemand das Thema nach außen hin wirklich skandalisiert. Fraktionsintern haben wir bereits mehrfach das Problem angesprochen – auch in der Hoffnung, dass sich Kollege Liebich mit der Zeit wieder auf unsere Programmatik orientiert, statt zu lobbyieren. Stattdessen setzt er immer noch eins drauf, wie mit seiner Teilnahme an der Erstellung der außen- und sicherheitspolitischen Konzeption »Neue Macht – Neue Verantwortung« die von Bundespräsident Joachim Gauck sowie den Ministern Ursula von der Leyen und Frank-Walter Steinmeier auf der Münchner Sicherheitskonferenz 2014 aufgenommen wurde. Da Kollege Liebich aber immer aggressiver solche Positionen vertritt, zwingt er die Fraktion und Partei, sich damit zu beschäftigen. Das Thema muß auf den Tisch, sonst verliert die Partei ihre Glaubwürdigkeit.

<http://www.jungewelt.de/2015/04-11/119.php>